

Zur Kritik der AfD

(NDS-Diskussion, 07.07.2016, J. L.)

Wesentliche Merkmale:

- Bruch mit moderner Auffassung von Volk und Nation.
- Populistische Kritik an derzeitigen Demokratieformen.
- Spannungsverhältnis zwischen neoliberaler Auffassung von Wirtschaft und sozialprotektionistischen Vorhaben.

1. Bruch mit moderner Auffassung von Volk und Nation

Die Partei knüpft an Traditionen an, die in das 19. Jahrhundert zurückgehen.

Die Auffassung von **Volk, Staat und Gesellschaft als „organischen“ und „natürlichen“ Körper** berief sich auf kulturelle, ethnische bis hin zu biologischen Notwendigkeiten. Radikalisierung: spirituelle Höherwertigkeit des „Deutschen“.

Götz Kubitschek heute: „Die Deutschen sind ein Volk mit einer besonderen Disposition. Das Geistige, das Ideelle extrem ernst zu nehmen, auch total zu übersetzen in die Wirklichkeit hinein und wirklich in so ideellen Maßstäben zu denken und zu handeln“ (FAZ 23.05.2016).

Julius Langbehn (1851 – 1907) in „Rembrandt als Erzieher“: „Eine auch noch so große Anzahl unter sich ganz gleichberechtigter Individuen ist niemals ein Volk; sie ist nicht einmal ein Heer, sondern eine Herde“. Ein **Volk ist zwar eine „buntschattige Menge“**; sie müsse aber bestimmten **Gesetzen gehorchen**, deren Missachtung dazu führe, dass der „Volkkörper“ absterbe. **Zu diesen „Gesetzen“ gehöre die statische, ethnische Homogenität.**

AfD, PEGIDA, „Neue Rechte“ definieren den „wahren“ Volks- und Gemeinwillen nicht mehr nur demokratisch, sondern gegen das ethnisch Fremde und dessen politische Verbündete, die „Elite“.

(nach J. von Altenbockum, FAZ 1. Juni 2016).

Ziele der intellektuellen Rechten: Neben einer ethnischen Schließung des Nationalstaates soll vor allem Immigration verhindert werden, der Islam ausgeschlossen und eine liberale und daher multikulturelle Gesellschaft bekämpft werden – wozu in erster Linie eine Ablehnung des Gedankens der Menschenrechte gehört (Brumlik).

Problem:

Denken in Kategorien der Vergemeinschaftung. Verallgemeinerung von individuell erfahrenen sozialen Beziehungen („wir“ müssen, „uns“ geht es gut, „Die“ Deutschen sind Keine Differenzierung.

Rudimentäre Vorstellung davon, dass in moderner, pluralen Gesellschaft wesentliche soziale Zusammenhänge über verschiedene Formen von Vergesellschaftung hergestellt.

Wünschen nach Gemeinschaft, Vergemeinschaftung – Identität des Volkskörpers. Abgrenzung zum Nicht-identischen.

Freund-Feind-Schema aus „Wir“ und „den Anderen“ plausibler als abstrakte Vorstellung eines Ganzen aus völlig unterschiedlichen Teilen (sozialen Gruppen), die über komplexe, nicht durchschaubare Mechanismen vergesellschaftet werden, aber oft völlig unterschiedliche Lebensweisen beibehalten.

Bildung einer Volksgemeinschaft nur als Illusion zu schaffen. Nur durch ideologische Konstruktion einer Außenhülle. Reaktionäres Volkskörpermodell : außenpolitisch Ideologie des Nationalismus; innenpolitisch durch Ideologie des (kulturalistischen) Rassismus.

(Krüsemann, annotazioni 23.06.2016)

Aus dem Parteiprogramm:

Wir sind offen gegenüber der Welt, **wollen aber Deutsche sein und bleiben.**

Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen **Nationalstaat des deutschen Volkes** dauerhaft erhalten.

Zur Europäischen Union

... treten wir dafür ein, die **EU zurückzuführen** zu einer **Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner, lose verbundener Einzelstaaten** in ihrem ursprünglichen Sinne (S. 16). ... streben wir einen Austritt Deutschlands oder eine demokratische **Auflösung der Europäischen Union** und die Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.

Aber nur die nationalen Demokratien, geschaffen durch ihre Nationen in schmerzlicher Geschichte, vermögen ihren Bürgern die nötigen und gewünschten Identifikations- und Schutzzräume zu bieten. Nur sie ermöglichen größtmögliche individuelle und kollektive Freiheitsrechte (2.2., S. 17)

Einwanderung

Anspruch auf Einbürgerung abschaffen, den früheren Status Quo des **Abstammungsprinzips** (galt bis 2000) wieder **einführen**. ... **Territorialprinzip streichen**.

Die **Ideologie des Multikulturalismus**, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt und deren Werte damit zutiefst relativiert, betrachtet die AfD als **ernste Bedrohung** für den sozialen Frieden und **für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit**.

Die AfD will ... die Gefahr eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen abwenden (S. 59).

Geschichtserziehung

Die aktuelle **Verengung der deutschen Erinnerungskultur** auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung **aufzubrechen**, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst (S. 47).

Haltung zum Islam

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig **wachsenden Zahl von Muslimen** sieht die AfD eine **große Gefahr für unseren Staat**, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung (S. 49).

Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der **Religionsausübung** durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte **Schranken zu setzen** (S. 48) (*hier bewegt sich die AfD an der Grenze zur Verfassungsfeindlichkeit*)

Die AfD verlangt, verfassungsfeindlichen Vereinen den **Bau und Betrieb von Moscheen ... zu untersagen ...** (S. 48).

Die **Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen** durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. ihre Mittelsmänner soll **unterbunden werden** (S. 48).

Das **Minarett** lehnt die AfD als **islamisches Herrschaftssymbol** ebenso ab wie den Muezzinruf ... (S. 49).

Koranschulen schließen. **Islamkunde in den Ethikunterricht** integrieren. Soweit ein bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht stattfindet, fordern wir eine Islamkunde in deutscher Sprache für alle muslimischen Schüler (S. 54).

Fragen:

Bedeutung des Nationalstaates vernachlässigt?

Sloterdijk: Nationalstaat ist das einzige Großgebilde, das bis zur Stunde halbwegs funktioniert?

Wagenknecht: Es existiert ... auf absehbare Zeit vor allem eine Instanz, in der echte Demokratie leben kann und für deren Re-Demokratisierung wir uns einsetzen müssen: das ist der historisch entstandene Staat ...

Thierse: Nationale Identität zu schützen, ist heftiges Bedürfnis.

Nachweisen (!): Nur offene, sich verändernde Gesellschaften sind produktiv und haben Zukunft (Thierse).

2. Populistische Kritik an derzeitigen Demokratieformen.

Populisten – sie und nur sie repräsentieren das Volk. Volk ist homogen, unfehlbar, moralisch rein und mit gesundem Menschenverstand. Alleinvertretungsanspruch ist stets moralischer Natur. Denkelemente identitärer Demokratietheorie.

Sie sind immer antipluralistisch. Die Bürger, die sie nicht unterstützen, gehören automatisch nicht zum wahren Volk. Trennlinie zwischen wahren Volk und denen, die nicht dazugehören oder das Vertrauen des Volkes missbrauchen (Volksverräter).

Keine grundsätzlichen Einwände gegen repräsentative Demokratie. Jedoch z. Z. falsche Repräsentanten an der Macht. Auch nicht prinzipiell gegen Eliten (Wilders, Blocher, Berlusconi, Trump sind selbstlose Gegen-Elite). Wenn schweigende Mehrheit sprechen könnte, wären Populisten sofort an der Macht.

Demokratische Institutionen bilden wahre Substanz des Volkes nicht korrekt ab („Substanz“ des Volkes contra Resultat des „statistischen Apparates“ – Carl Schmitt.

Verschwörungstheorien: Alle anderen Parteien bilden ein illegitimes Kartell, das vom Volk beseitigt werden müsse. Legitimität gegen Legalität. Empirie kann Moral nicht schlagen.

(Jan-Werner Müller, FAZ 06.05.2016; dtsh. Politikwissenschaftler, z. Z. Princeton)

Aus dem Parteiprogramm:

(Kapitel „Demokratie und Grundwerte“)

Unantastbare **Volkssouveränität** als Fundament des Staates hat sich als **Fiktion** herausgestellt. **Heimlicher Souverän** ist eine **kleine, machtvolle politische Führungsgruppe**. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik kann diesen illegitimen Zustand beenden.

Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einführen (nicht verhandelbarer Inhalt jeglicher Koalitionsverhandlung). Gesetzesinitiativen aus dem Volk. Als Partei des gesunden Menschenverstandes **setzen wir auf das politische Urteilsvermögen** und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger.

Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und **kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag** geschlossen werden. Abgabe nationaler Souveränität an die EU und andere internationale Organisationen Riegel vorschieben.

Trennung von Amt und Mandat. Wer Parlamentarier ist, soll in Zukunft nicht mehr Teil der Exekutive sein dürfen und umgekehrt.

Die **Allmacht der Parteien** und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Gegen deren Meinungsdictat in allen öffentlichen Diskursen. Parteienfinanzierung begrenzen. Annahme von Firmen-Spenden verbieten.

Reduzierung der Zahl der Parlamentarier und deren Mitarbeiter (2500 → 471). Im Falle einer niedrigen Wahlbeteiligung ... Verkleinerung der Parlamente.

Wahlrecht wurde angepasst, um Einfluss des Volkes zu minimieren. Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgibt und das „Freie Mandat“ der Abgeordneten stärken soll.

Fragen:

Wo liegt die richtige Balance zwischen direkter und repräsentativer Demokratie?

Sahra Wagenknecht (Tagesthemen, 04.07.2016): "Man sollte nicht so arrogant sein, zu glauben, dass die Menschen nicht in der Lage seien, sich eine Meinung bilden zu können"

Brauchen wir eine Firewall gut informierter Politiker, um Populisten und Demagogen zu verhindern?

Behindern Volksentscheide die Suche nach Kompromissen? In einer aufgeheizten Plebiszit-Kampagne haben Mittelpositionen geringe Chancen.

Inwieweit wirkt sich die private Monopolisierung der Medien negativ auf die Meinungsbildung aus (z. B. starker Einfluss von Rupert Murdoch (Sun) auf öffentliche Meinung in UK und USA)?

Unterschiede bei Brexit-Kampagne und Griechenland-Referendum 2015?

Inwieweit untergraben supranationale Strukturen die Demokratie? Hajek: „Die Abschaffung souveräner Nationalstaaten und die Schaffung einer wirksamen internationalen Rechtsordnung sind die notwendige Ergänzung und logische Vollziehung des liberalen programms. [Denn:] ... alles in allem ist es wahrscheinlich, dass in einem [europäischen] Bundesstaat die Macht des Einzelstaates über die Wirtschaft allmählich viel weitgehender geschwächt würde und auch sollte.“ (zit. nach S. Wagenknecht)

Allensbach-Umfrage (FAZ 18.05.2016):

Zustimmungsraten für folgende Fragestellungen:

Politiker kann mal gegen den Willen der Mehrheit entscheiden:	40 %
Politiker sollen entscheiden, wie die Mehrheit es erwartet:	60 % (AfD 85 %)
Politische Konzepte sollen von den Parteien kompromisslos durchgesetzt werden:	24 % (AfD 43 %)
Politiker treiben Deutschland in eine Katastrophe:	35 % (AfD 74 %)
Muss man als Bundestagsabgeordneter besonders große Fähigkeiten haben?	63 % (1972)
	24 % (2014)
Die Politiker haben keine Ahnung, das könnte ich besser als die:	46 % (AfD 71 %)
Abgeordnete vertreten in erster Linie Interessen der Bevölkerung.	25 %

3. Spannungsverhältnis zwischen neoliberaler Auffassung von Wirtschaft und sozialprotektionistischen Vorhaben.

Nach wie vor in der **Tradition des deutschen Ordoliberalismus**: Primat des Marktes, Politik schafft Ordnungsrahmen, Rettungsschirme und Schutzmaßnahmen sind ein Skandal, Schwierigkeiten einzelner Länder wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit und unterschiedlicher ökonomischer Kulturen, kein Zurückschrauben deutscher Wettbewerbsvorteile, Handelsbilanzüberschüsse Ergebnis freien Wettbewerbs.

Duales Denken der Neoliberalen findet Entsprechung in **dualem Denken der Rechtspopulisten**: „Wir“ und die „Anderen“. Markt hat nur gute und Politik schlechte Seiten. Moralisch aufgeladen: Freiheit kontra Zwang. Markt von jeder prinzipiellen Problematik freigesprochen.

Andererseits wegen spezifischem sozioökonomischem Status der Wählerklientel **um soziales Profil bemüht**: AfD als Partei der kleinen Leute? Mit größtem Zuspruch bei Arbeitern und Arbeitslosen (Wahlen RP 24 %, SA 38 %). Abstiegsbedrohtes Kleinbürgertum, durch Globalisierung bedrohte mittelständige Unternehmer (lokale Absatzmärkte).

AfD stärkt sozialprotektionistische Programmteile zu Lasten neoliberaler: für Mindestlohn, Abkehr von Privatisierung der Arbeitslosenversicherung.

AfD weniger protektionistisch, stärker marktorientiert als andere populistische Parteien Europas. Z. B. will FN durch Zölle Sozialprogramme finanzieren und Geschäftsbanken teilprivatisieren.

Aus dem Parteiprogramm:

Zur Krise der Euro-Zone

Ursachenbeschreibung analog zum neoliberalen Mainstream: Struktur- und kostenbedingte mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder. Nicht tragfähige Verschuldung. Der notwendige Ausgleich von Produktivitätsunterschieden (Unfug!!!) durch nominale Auf- und Abwertungen wird seitdem durch den EURO verhindert.

Erkennt schädliche Wirkung verordneter Reparaturmaßnahmen: Der EURO beschädigt das hohe Gut des friedlichen Zusammenlebens der Völker... Da Krisenländer unter dem Dach der Einheitswährung gezwungen sind, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch reale, „interne Abwertungen“ und eine damit verbundene energische Sparpolitik („Austeritätspolitik“) wiederherzustellen. Anstatt dafür eigene Währungsspielräume auszunutzen, sind innereuropäische Spannungen eine systembedingte Folge des EURO.

Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Eurostaaten werden damit verringert. Die EURO-Zone ist daher seit vielen Jahren vom Durchschnitt des weltweiten Wirtschaftswachstums abgehängt.

Kritik an Maßnahmen der europäischen Institutionen: (vermeintliche) Dauertransfers, Haftung Deutschlands für Fremdschulden. EZB-Käufe von im freien Markt nicht verkäuflichen Staatsanleihen, Hilfen mittels EFSF, ESM und OMT behandeln nur die Symptome und kaufen Zeit. Unzulässiger Eingriff in Souveränitätsrechte. Keine Sanktionsmechanismen bei Missachtung von Auflagen.

Da keine Erfolgsaussichten, **Euro-Experiment geordnet beenden**.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Bundesagentur für Arbeit auflösen und ihre Aufgaben vor allem auf kommunale Jobcenter übertragen.

Vor zwei Jahren: allgemeiner Mindestlohn = neosozialistisches Konzept, realitätsferne Sozialromantik;

Heute: Der gesetzliche **Mindestlohn ist mit dem Wesen der Sozialen Marktwirtschaft eng verbunden**. Er korrigiert im Bereich der Entlohnung die Position der Niedriglohnempfänger als schwache Marktteilnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber als vergleichsweise starke Marktteilnehmer. Mindestlöhne verhindern die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten.

Die AfD will die **Leistung von Eltern** durch die Geburt, Versorgung und Erziehung von Kindern nicht nur ideell, sondern auch **materiell anerkennen**. Finanzielle Benachteiligung von Familien beseitigen. Keine konkreten Vorschläge!

Gegen Missbrauch von Leih- und Werksverträgen zu Lasten der Arbeitnehmer. Jedoch keine neuen gesetzlichen Regelungen.

„Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II (**Kombilohn**).

Kinder und Erziehungsleistungen bei der Rente berücksichtigen. Pflege durch Angehörige aufwerten.

Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Energiepolitik

Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Jede Form von Eingriffen staatlicher Planwirtschaft führt früher oder später zu Fehlallokationen und Korruption. Durch Manipulation der Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank werden grundlegende Marktmechanismen wie der Zusammenhang von Sparen und Investieren ausgehebelt

Die **internationalen Handelsbeziehungen** sind vorzugsweise **multilateral** auf der Basis von Verträgen mit der Welthandelsorganisation zu **regeln**. EWR als Alternative zu EU. Unsere Bürger bleiben der Souverän unseres Staates, die Regulierungshoheit des Parlamentes darf nicht eingeschränkt werden.

Außenwirtschaftliche Maßnahmen von übergeordneter Bedeutung müssen **der deutschen Souveränität Rechnung tragen**. Jegliche Übertragung von Souveränitäts- und Ho-

heitsrechten in Freihandelsabkommen auf Sonderschiedsgerichte ist abzulehnen. Wenn diese Forderungen nicht berücksichtigt werden, **Ablehnung von TTIP**.

Staatliche Subventionen reduzieren und zeitlich befristen. Keine Privatisierung gegen den Willen der Bürger.

Finanziellen Staatszugriff auf die Einkommen und Vermögen der Bürger zu reduzieren. Analog zur Schuldenbremse ... eine **verbindliche Steuer- und Abgabenbremse im Grundgesetz**, um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben. (Im Entwurf: Die Obergrenze sollte der heutigen Steuer- und Abgabenquote entsprechen).

Ersatzlose **Streichung** der ungerechten und leistungshemmenden **Erbschaftsteuer**. (200 – 300 Mrd. EUR jährlich vererbt). Betroffen nur die Wohlhabenden.

Neues Steuerkonzept (a la Kirchhoff): 10 000 steuerfrei, - 15000 15%, - 20000 20 %, > 20 000 25 %. Spitzensteuersatz 45 % entfällt. Schlupflöcher schließen: Pendlerpauschale, Sonn- und Feiertagszuschläge.

Leugnung einer anthropologisch verursachten globalen Erwärmung der Atmosphäre. **Ablehnung jeglicher Klimaschutzpolitik**. Unter dem Schlagwort „Klimaneutrales Deutschland 2050“ durch „Dekarbonisierung“ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO₂-Konzentration zur „Großen Transformation“ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird.

Das **EEG und die Energiewende gefährden die Stromversorgung**. Sie treiben technisch bedingt den Strompreis hoch. Das EEG ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft. EEG ersatzlos abschaffen.

Solange die Stromversorgung am Ort und zur Zeit der Nachfrage nicht gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine **Laufzeitverlängerung** der noch in Betrieb befindlichen **Kernkraftwerke** übergangsweise zu gestatten.